

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 35

Köln, den 29. August 1930

31. Jahrg.

Welthandel und Handelsprobleme.

Der Flächeninhalt des Deutschen Reiches beträgt 470 000 qkm, seine Bevölkerung zählt rund 63 Millionen Menschen. Die Bevölkerungsdichte ist bei uns sehr stark; sie beträgt auf den qkm gerechnet 134 Menschen. Übertroffen wird diese Bevölkerungsdichte in Europa von Belgien mit 256 Personen, an zweiter Stelle von Holland mit 201 und an dritter Stelle von England mit 187 Personen auf je 1 qkm. Der Durchschnitt von ganz Europa beträgt 42 Personen auf der vorhin genannten Flächeneinheit. Deutschland beherbergt also auf engem Raum erheblich mehr Menschen, als der Durchschnitt für Europa ausmacht, auch erheblich mehr, als die meisten europäischen Länder aufweisen.

Als Volk auf engem Raum sind wir daher auf einen starken Außenhandel angewiesen, um die Existenz unseres Volkes sicherzustellen. Einfuhr und Ausfuhr spielen insofern bei wirtschaftlichen Überlegungen eine sehr große Rolle. Die Ausfuhr deutscher Erzeugnisse ist geeignet, die Arbeitslosigkeit wesentlich zu verringern, sie bedingt aber die Einfuhr von Rohstoffen, die wir zur Herstellung industrieller Erzeugnisse benötigen. Unsere Interessen drängen uns zur Ausfuhr hochwertiger Produkte, in denen möglichst viele Veredelungsarbeit enthalten ist. Denn nur dann wird durch unseren Außenhandel das Problem Arbeitslosigkeit eine Milderung erfahren. Stark beeinflusst wird der deutsche Außenhandel durch die uns auferlegten Reparationsverpflichtungen, die nach der Meinung nicht nur unserer, sondern auch der Sachverständigen der Empfängerstaaten nur erfüllt werden können aus einem jährlich steigenden Ausfuhrüberschuß. Diesen zu erzielen ist Aufgabe unseres Außenhandels, der infolge der Ausbreitung unserer Beziehungen zu den Völkern der Erde als Welthandel steigende Bedeutung gewinnt.

Seit 1925 ist eine stetige Steigerung des Welthandels bis zum Schluß des Jahres 1929 festzustellen. Bis 1925 wirkten sich die Folgen des Weltkrieges im Welthandel außerordentlich ungünstig aus. Die Besserung ist sowohl mengenmäßig als auch dem Werte nach festzustellen. Eine beträchtliche Steigerung weist allein das Jahr 1929 auf.

Die Zeitschrift Wirtschaft und Statistik hat für 44 Länder, das sind sieben Achtel des gesamten Welthandels, Ermittlungen über die Entwicklung der Außenhandels-Umsätze gemacht. Danach ist festzustellen, daß der Außenhandels-Umsatz im Jahre 1929 gegenüber dem Vorjahr um 2,3% zugenommen hat. Mengenmäßig muß diese Zunahme noch größer gewesen sein; denn die Preise für eine Reihe der wichtigsten Welthandelsartikel (Getreide, Reis, Zucker, Kaffee, Kakao, Baumwolle, Wolle, Kautschuk, Felle und Häute, Sinn u. a.) lagen wesentlich niedriger als im Jahre 1928.

Don der Zunahme des Außenhandels-Umsatzes war die Steigerung bei den europäischen Ländern etwas größer als bei den außereuropäischen. Der Gesamtumsatz von 24 europäischen Ländern stieg um 3,7 Milliarden M. auf 144,4 Milliarden M. Von 20 außereuropäischen Ländern war nur eine Gesamtumsatz-Zunahme um 1,9 Milliarden M. auf 102,8 Milliarden M. zu verzeichnen. In Europa stieg die Gesamteinfuhr von 78,3 auf 79,6 Milliarden M.; auch die Ausfuhr zeigt steigende Entwicklung und ging um 2,4 auf 64,9 Milliarden Mark. Während sich in den von der Statistik erfaßten 20 Ländern außerhalb Europas die Einfuhr von 47,4 auf 49,6 Milliarden M. erhöhte, ist die Ausfuhr aus diesen Ländern um 0,3 auf 53,2 Milliarden M. gefallen. In den europäischen Ländern hat die Ausfuhr um doppelt so

viel zugenommen wie die Einfuhr. Dieser Unterschied erklärt sich durch die gegensätzliche Entwicklung der Ein- und Ausfuhr Deutschlands, dessen Einfuhr gegenüber 1928 um 566,7 Millionen M. abgenommen hat, während die Ausfuhr in der gleichen Zeit eine Zunahme von 1206,6 Mill. Mark verzeichnet. Hat Deutschland die Einfuhr beträchtlich drücken können, so ist dies bei den anderen europäischen Staaten nicht zu beobachten. Die stärkste Zunahme hat hier Frankreich mit 805,6 Mill. Mark, dann folgt England mit 750,6 Mill. M., Belgien-Luxemburg mit 399,1 Mill. M., Holland mit 117,9 Mill. M. und die Tschechoslowakei mit 90,7 Mill. M. Zurückzuführen ist diese erhöhte Einfuhr auf einen Mehrbedarf von Roh- und Betriebsstoffen für die Industrie, Waren aus unedlen Metallen und Maschinen, infolge einer gebesserten wirtschaftlichen Lage. Die Abnahme der Einfuhr hat nach Deutschland in folgenden europäischen Ländern Platz greifen können: Rußland 194,9 Mill. M., Italien 131,6 Mill. M., Polen-Danzig 115 Mill. M., Ungarn 89,2 Mill. M. und Rumänien 73,4 Mill. M., was in der Hauptsache auf eine Verschlechterung der Lage zurückzuführen ist.

Den stärksten Zugang in der Ausfuhr weist nächst Deutschland Schweden mit 262,7 Mill. M. auf. Dann folgen: Rußland mit 249,1 Mill. M., Ungarn mit 164,9 Mill. M., Belgien-Luxemburg mit 152,7 Mill. M., Polen-Danzig mit 146,2 Mill. M., England mit 125,5 Mill. M., Norwegen mit 82,7 Mill. M., Italien mit 78,7 Millionen M. und Dänemark mit 73,1 Mill. M. Eine Abnahme der Ausfuhr weist Frankreich mit 206,5 Mill. M., die Tschechoslowakei mit 93,8 Mill. M., Österreich mit 27,4 Mill. M. und die Schweiz mit 25,9 Millionen M. auf. Die Steigerung der Einfuhr in den außereuropäischen Ländern ist wohl in der Hauptsache auf die Stärkung der Kaufkraft infolge der günstigen Entwicklung der Ausfuhr im Jahre 1928 zurückzuführen. Die größte Zunahme der Einfuhr gegenüber dem Vorjahr weisen die Ver. Staaten mit 1101,2 Mill. M. auf. Die Ausfuhr aus USA. hat um 580 Mill. M. zugenommen.

Aus den vorstehenden Zahlen ist ersichtlich, daß in Europa einer erheblichen Steigerung der Einfuhr eine noch bedeutendere Zunahme der Ausfuhr gegenübersteht. Im Gegensatz hierzu ist bei den außereuropäischen Ländern beträchtliche Zunahme der Einfuhr und Abnahme der Ausfuhr zu bemerken. Hieraus kann der Schluß gezogen werden, daß die Zunahme des Außenhandels der europäischen Länder in größtem Maße auf den Außenhandel in Europa selbst entfällt, während andererseits die Zunahme der Einfuhr der außereuropäischen Länder hauptsächlich aus Europa gedeckt worden ist.

Bei der Einfuhr spielen, wie schon eingangs gesagt wurde, die Rohstoffe, die wir benötigen, eine große Rolle. Von der Gesamtmenge der in Deutschland zur Verarbeitung gelangenden Textilrohstoffe sind 60% im Wachstum an tropisches oder subtropisches Klima gebunden. Fast 78% unserer Baumwolleneinfuhr stammen aus den Südstaaten der nordamerikanischen Union, 10% aus Britisch-Indien, 8% aus Ägypten und der Rest aus anderen baumwollerzeugenden Ländern. Was die Kautschukverarbeitung Deutschlands anlangt, so kann man sich von dem Bedarf eine Vorstellung machen, wenn man erfährt, daß in Deutschland fast 1¼ Mill. Kraftfahrzeuge laufen, und daß der Einfuhrbedarf des Deutschen Reiches an Gummi sich gegenüber der Vorkriegszeit (16 500 t) mehr als verdreifacht hat. Rechnet man noch hinzu, daß an Tropenölpflanzen für die Margarineherstellung

für Ölgewinnung zu industriellen Zwecken usw. jährlich rund 400 Millionen M. an das Ausland gezahlt werden, so wird einem ohne weiteres klar, daß wir als Volk mit der heutigen Aufteilung der Welt herzlich unzufrieden sein müssen, weil wir beim Bezug dieser Rohmaterialien zu sehr vom Auslande abhängig sind. Die Kolonialfrage gewinnt in dem Zusammenhang eine besondere wirtschaftliche Bedeutung.

Es ist anzunehmen, daß der Welthandel sich in der nächsten Zeit ähnlich günstig entwickelt. Ob die Entwicklung in dem gleichen Tempo fortschreitet, bleibt allerdings zweifelhaft, denn die Widerstände gegen die Einfuhr ausländischer Waren mehren sich allgemein als Folge besonderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten — Arbeitslosigkeit — unter welchen fast alle Industrieländer leiden. Der Welthandel ist vom vierten Vierteljahr 1929 zum ersten Vierteljahr 1930 erheblich zurückgegangen. Der Außenhandelsumsatz von 48 Ländern, auf die etwa sieben Achtel des gesamten Welthandels entfallen, vermindert sich um 11,9 Prozent.

Zum Teil beruht der Rückgang der Umsatzzahlen auf dem Preisrückgang, den die Mehrzahl der wichtigeren Welthandelsgüter erfahren hat — die Großhandelsindexziffer des Board of Trade (Großbritannien) sank um 4,8 Prozent, die des Bureau of Labor (Vereinigte Staaten) um 3,0 Prozent. Aber auch die Umsatzen haben sich nicht unbedeutend vermindert. Dieser mengenmäßige Rückgang ist zum Teil jahreszeitlich bedingt, zum größeren Teil aber durch die Abschwächung der wirtschaftlichen Tätigkeit in fast allen Ländern verursacht.

Die Schutzzollpolitik feiert allerwärts, selbst in sogenannten Freihandelsländern Triumphe. Man erhofft von ihr den Schutz der heimischen Erzeugung und droffelt die Einfuhr. Eine verlangsamte Entwicklung unseres Außenhandels, insbesondere der Ausfuhr, wird deshalb in Kauf zu nehmen sein, die aber bedauerlich bleibt, weil in absehbarer Zeit — bei Wiederbeginn einer erwünschten wirtschaftlichen Belebung — die Rohstoff-Einfuhr steigen wird.

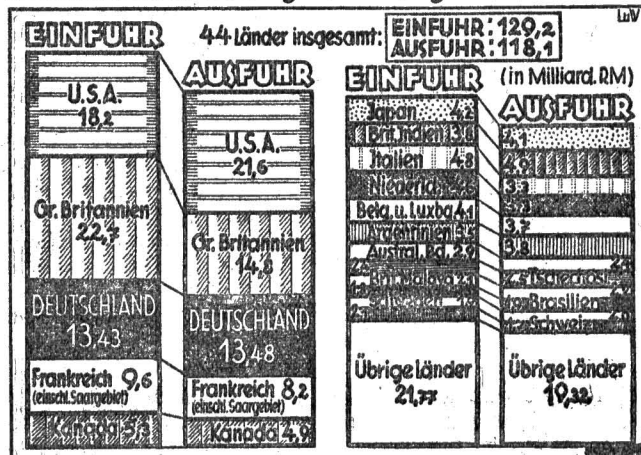
Wie aus kürzlich bekanntgewordenen Zahlen ersichtlich ist, sind Hauptabnehmer deutscher Waren neben Holland als Agrarland vorwiegend die westeuropäischen Staaten. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß Industriestaaten untereinander die besten Kunden sind. Die wichtigsten deutschen Exportfertigerwaren sind Eisenwaren (Ausfuhr 1929: 1946 Millionen RM), Textilwaren (1699 Millionen RM), Maschinen (1152 Millionen RM), chemische Erzeugnisse (957 Millionen RM), elektrotechnische Erzeugnisse (579 Millionen RM), Waren aus unedlen Metallen 508 Millionen RM), Papier (418 Millionen RM), Leder und Schuhe (393 Millionen RM), Pelze (289 Millionen RM), Glas und Glaswaren (247 Millionen RM).

Außereuropa hat als Lieferant für Deutschland eine größere Bedeutung denn als Abnehmer: 47,2 v. H. der gesamten deutschen Einfuhr stammt aus außereuropäischen Staaten, während nur 27,7 v. H. der deutschen Ausfuhr nach dort abgesetzt wird. Wie aus Übersicht 1 hervorgeht, ist Amerika der Hauptlieferant. Es liefert hauptsächlich Lebensmittel und Rohstoffe. Von ersteren stellt Argentinien den größten Posten (402 Millionen RM) und zwar Brotgetreide, Futtermittel und Fleisch. Aus den Vereinigten Staaten sind für 335 Millionen RM Lebensmittel, darunter vorwiegend Schmalz, Früchte, Brotgetreide und Mehl, sowie Futtermittel bezogen worden. Kanada lieferte für 247 Millionen RM Lebensmittel, davon vorwiegend Brotgetreide und Mehl, sowie Futtermittel; Brasilien endlich führte in der Hauptsache Kaffee nach Deutschland aus. — Unter den amerikanischen Rohstofflieferanten spielen die Vereinigten Staaten bei weitem die erste Rolle. Von dort sind für 1201 Millionen RM bezogen worden, darunter für 625 Millionen RM Rohstoffen, d. h. Baumwolle, für 204 Millionen RM Erze und Metalle

und für 159 Millionen RM Mineralöle. Es folgt Argentinien mit 343 Millionen RM, davon für 122 Millionen RM Wolle, für 92 Millionen RM Ölfrüchte und für 56 Millionen RM Felle und Häute. Amerika ist bei weitem auch der bedeutendste außereuropäische Abnehmer deutscher Erzeugnisse. Fast die Hälfte der Ausfuhr nach Amerika ging nach den Vereinigten Staaten (991 Millionen RM); beträchtlich war auch die Ausfuhr nach Argentinien (371 Millionen RM) und Brasilien (210 Millionen RM).

Amerikas Ausfuhr stieg auf 21 Milliarden RM im Jahre 1928. Das bedeutet eine Verdoppelung des Standes vom Jahre 1913. Die exorbitant hohen Schutzzölle Amerikas bedeuten für uns verringerte Absatzmöglichkeiten und verhindern einen notwendigen und angemessenen Warenaustausch. Dabei betreibt Amerika aber eine rege und amtlich stark unterstützte Exportförderung. Alle mit dem Export zusammenhängenden Fragen erfahren eine eingehende Würdigung, und eingehendes Studium und entsprechende Maßnahmen die Unterstützung nicht nur durch die interessierten Kreise, sondern auch in erheblichem Umfange durch die staatlichen Behörden. Etwas ähnliches haben wir auf diesem Gebiet nicht aufzuweisen, aber es wird höchste Zeit, daß auch wir diesen Fragen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden, wenn nicht unermesslicher Schaden unserer Wirtschaft zugefügt werden soll. Insbesondere muß unsere Aufmerksamkeit den Ländern und Gebieten gelten, die infolge ihres Volksreichtums, ihrer geographischen Lage und wegen der zu erwartenden zukünftigen Entwicklung einen erheblichen Bedarf an Waren haben werden. Eine entsprechende Pflege handelspolitischer Beziehungen hat gegenüber alten Absatzgebieten und guter Kundschaft fortzudauern, aber auch den Osten Europas, die weiten Gebiete Asiens und Afrikas, gilt es dem deutschen Export zu erschließen. Nur wenn wir alle handelspolitischen Möglichkeiten ausnutzen, werden wir den uns auferlegten Verpflichtungen nachkommen und gleichzeitig eine Lösung der uns bedrückenden Arbeitslosenfrage herbeiführen können.

Deutschlands heutige Stellung im Welthandel



Deutschlands heutige Stellung im Welthandel.

Trotz aller Unterdrückungsversuche steht Deutschland im Welthandel unter allen Außenhandelsumsätzen der einzelnen Länder der Welt wieder an dritter Stelle, nur übertroffen von den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Der deutsche Anteil am Welthandelsumsatz betrug in der Einfuhr 10,3 Prozent, in der Ausfuhr 10,4 Prozent. Der Außenhandelsumsatz Deutschlands hat von 1928 und 1929 mit dem Umsatz der übrigen Länder annähernd gleichen Schritt gehalten. Unter den europäischen Ländern steht Deutschland nach dem Außenhandelsumsatz an zweiter Stelle, jedoch konnte der deutsche Handel in den letzten vier Jahren fortgesetzt gesteigert werden, während bei den anderen europäischen Ländern eine wechselnde Tendenz der Ein- und Ausfuhr zu beobachten ist. Dies kommt vor allem daher, daß Deutschland als Käufer auf dem Weltmarkt infolge seiner Verarmung immer weniger auftreten konnte. Daher fiel der Anteil Deutschlands am Ausfuhrhandel der einzelnen Länder, während die Ausfuhr Deutschlands nach den anderen Staaten etwas gesteigert werden konnte.

Abbau an richtiger Stelle!

Wir leben augenblicklich in einer sonderbaren Zeit. Kategorisch wird vielfach der allgemeine Lohnabbau gefordert, um eine „Produktionsverbilligung“ zu erzielen. Daß diesen Schlächtruf an laute Stimmen die Unternehmer ausstoßen, versteht sich von selbst. Sie haben ja auch das größte Interesse daran. Ihnen zur Seite steht eine große Anzahl von Interessenten, die von einem Lohnabbau, direkt oder indirekt, profitieren wollen. Fast immer stellen wir fest, daß die Rufer in diesem Streit identisch sind mit den Personen, die auf Kosten der Arbeiterschaft ein angenehmes Leben führen möchten.

Andererseits stellen wir fest, daß gerade diejenigen Personen, die sich so sehr für eine „Produktionsverbilligung“ einsetzen, die Produktion in ungewöhnlichem Maße verteuern. In Reich, Staat und Kommunen, nicht zuletzt auch in der Privatwirtschaft, wird ein Heer von Arbeitskräften in höchst unproduktiver Weise beschäftigt. Die Verwaltungsapparate aller Art haben in den letzten Jahren eine Aufblähung erfahren, die auf die Dauer nicht ohne Folgen bleiben konnte. Hinzu kommt noch, daß oft gerade die unproduktiv tätigen Personen ein Einkommen beziehen, daß das der produktiv Tätigen sehr erheblich übersteigt.

Je mehr Verwaltungsapparate künstlich aufgebläht werden, desto mehr wächst natürlich auch die Summe, die an die unproduktiv Tätigen als Lohn und Gehalt gezahlt werden muß. Diese Summe kann aber nur wachsen auf Kosten der produktiv Tätigen, wenn deren Anteil gekürzt oder vorenthalten wird. Wir stellen deshalb fest, daß der geforderte Lohnabbau mit einer „Produktionsverbilligung“ nichts zu tun hat. Er soll vielmehr vornehmlich dazu dienen, um die übermäßig aufgeblähten Verwaltungsapparate zu erhalten, oder sogar deren weiteren Ausbau zu ermöglichen. Da die Arbeiterschaft stets, zumindest den größten Teil der übermäßigen Verwaltungskosten zu tragen hat, hat sie auch alle Ursache, sich gegen eine Aufblähung der Verwaltungsapparate zu wehren, und wo diese bereits vorhanden ist, einen Abbau der Verwaltungen zu fordern. Wenn die Unternehmer eine „Produktionsverbilligung“ (Gewinnsteigerung) wollen, dann sollen sie doch erst einmal alle unproduktiven Arbeitsstellen beseitigen und dafür produktive Arbeitsstellen schaffen.

Auch die Arbeiterschaft in der Holzindustrie hat augenblicklich allen Anlaß, den Unternehmern mit Nachdruck zu sagen, daß deren Kampf um einen Lohnabbau höchst unangebracht und unsittlich ist. Denn auch in der Holzindustrie sind die Verwaltungsapparate zu groß geworden, zu einem Heer angeschwollen, das vom Verdienst der Arbeiterschaft zehren will. Das kann man immer wieder feststellen, wenn man in den einzelnen Betrieben die Zahl der Angestellten und die Zahl der Arbeiter miteinander vergleicht. Hier ein Beispiel. Eine Firma G. in Berlin, Möbelfabrik und Werkstätten für Innenausbau, beschäftigt 52 Arbeiter (Tischler, Polierer, Tapezierer usw.), 6 Meister, 3 Prokuristen, 2 Verkäufer, 1 Architekt, 1 Zeichner, 1 Expedient, 1 Reisender und 6 weibliche Hilfskräfte. Das sind also 21 Angestellte gegenüber 52 Arbeitern. Kein vernünftig denkender Mensch wird behaupten wollen, daß dieses Zahlenverhältnis ein normales ist.

Der diese Firma bei einer Klage am Arbeitsgericht vertretende Syndikus hat dort verraten (so etwas erfährt man selten), daß das Gehaltskonto dieser Firma 110 000 RM beträgt. Er wollte damit eine Belastung des Betriebes nachweisen, um auf diesem Wege die unsozialen Maßnahmen der Firma gegenüber den Arbeitern zu rechtfertigen. Auch hier sollten, wie das heute so üblich ist, die Arbeiter für die Sünden der Unternehmer büßen. Anstatt, daß man den aufgeblähten und kostspieligen Verwaltungsapparat einschränkt, sucht man auf alle mögliche Art und Weise aus den Arbeitern heraus zu pressen, was nur heraus geht. Folgendes Rechenexempel zeigt uns klar und deutlich, was ihnen alles zugemutet wird. Im genannten Betrieb kommen die Arbeiter auf einen Durchschnittsstundenlohn

von 1,50 RM. Das sind im Jahr pro Mann 3450 RM, und für die gesamte Belegschaft 172 500 RM. Teilt man die Summe des Gehaltskontos durch die Zahl der Angestellten, dann kommt auf jeden Einzelnen 5240 RM. Das Einkommen dieser Angestellten liegt also um die Hälfte höher als das der Arbeiter. Es ist also so, daß gerade die unproduktiv Tätigen das höchste Einkommen beziehen. Und die Arbeiterschaft soll dafür aufkommen. Eine ungeheure und unverstämte Zumutung.

In dem Vergleich der Arbeiter- und Angestelltenzahlen dieses Betriebes zeigt sich die Aufblähung der Verwaltungsapparate noch gar nicht in ihrer ganzen Größe. Erst bei Gegenüberstellung des Lohnkontos von 172 500 RM und des Gehaltskontos von 110 000 RM zeigt sich die Benachteiligung der Arbeiterschaft in ihrer ganzen Größe und Ungeheuerlichkeit. Zweidrittel ihrer eigenen Lohnsumme muß die Arbeiterschaft für den teilweise höchst unproduktiven Verwaltungsapparat aufbringen. Mindestens die Hälfte davon könnte ohne Bedenken eingespart werden. Hier kann abgebaut werden, nicht aber vom Lohn der produktiven Arbeitskräfte.

Derselbe Syndikus, der uns das Gehaltskonto verraten hat, behauptete gleichzeitig, daß der Betrieb schon seit zwei Jahren Zuschüsse erfordere. Diese Behauptung klingt doch sehr unwahrscheinlich, zumal es sich der Firmeninhaber immer noch erlauben kann, Kennstallbesitzer zu spielen. Aber wenn es doch zutreffen sollte, könnte man das verstehen. Man hüte sich aber, die Schuld beim Lohnkonto zu suchen. Ein Betrieb, der 52 Arbeiter beschäftigt, wendet für seinen Verwaltungsapparat 110 000 RM auf. Das ist eine gewaltige Summe. Sie will erarbeitet sein. Wir können verstehen, wenn solche Betriebe auf Lohndruck sinnen und ein Antreiberssystem aufbauen. Der Volksmund ironisiert solche Betriebe mit den Worten: Ein guter Antreiber ist mehr wert, als zehn Arbeiter. Die vielen Angestellten müssen schließlich auch irgendwie beschäftigt werden.

Was wir nicht verstehen können ist, wieso es möglich ist, daß sich in der Privatwirtschaft solche kostspielige Verwaltungsapparate ausbreiten können. Sie stehen im Widerspruch zu der angeblichen Not der Betriebe. Warum haufen die Unternehmer hier nicht ab, die doch sonst mit Massenentlassungen gleich bei der Hand sind und jeden Zeitverlust mit Kontroll- und Stoppuhren messen und zu vermeiden wissen. In Reich, Staat und Kommunen ist es zum größten Teil die Angst der Parteien vor Wählerverlusten, wenn den teilweise übermäßig hochbezahlten, trotzdem ewig fordernden und überall sich dazwischendrängenden Beamten kein Halt geboten wird. In der Privatwirtschaft läßt es sich nur dadurch erklären, daß die Unternehmer an sich dafür sind, daß sich eine Schicht gut bezahlter Personen herausbildet, auf deren Unterstützung und Sympathie sie jederzeit rechnen können. Das beweisen uns viele Äußerungen in Arbeitgeberzeitungen und -zeitschriften. Wie dem auch sei, aufgeblähte Verwaltungsapparate sind ein Hohn auf die Not der Wirtschaft und ein Ärgernis gegenüber dem verarmten Volk. Sie müssen vermindert werden. Die Arbeiterschaft wird immer wieder auf solche unhaltbaren Zustände hinweisen müssen, besonders wenn man, wie augenblicklich, an den Löhnen und damit ihrer Existenzgrundlage rütteln will. Sie ist nicht gewillt, für die unproduktiv Tätigen aufzukommen und ihnen ein angenehmes Leben zu verschaffen auf ihre Kosten.

M. Müller.

Zur Geschichte der Wirtschaftskrisen. (Fortsetzung)

Während die bisherigen Krisen ihrem Charakter nach als Spekulationskrisen zu bezeichnen waren, ging die gegen Ende des 18. Jahrhunderts zum Ausbruch gekommene französische Assignatenkrisis nicht auf eine Überspekulation, sondern auf einen Mißbrauch des staatlichen Münzrechtes zurück. Im Prinzip handelte es sich hier um Erscheinungen, wie sie in der deutschen Inflation nach dem Weltkrieg eine Parallele fanden. Die ungeheure Verschuldung des französischen Staates gegen Ende des 18. Jahrhunderts ließ den Gedanken, die gesamte Staatsschuld mit Papiergeld, sogenannten Assignations zurück(schicken)zuzahlen, zur Tat werden. Als Deckung für die ausgegebenen Papiergeldsummen sollten die eingezogenen Güter des ausgewanderten Adels, der Geistlichkeit und die Domänen dienen, die auf 10 000 Millionen Livres geschätzt wurden. Die Ausgabe der Assignaten begann zunächst mit einer Summe von 400 Millionen Livres, wurde dann jedoch in kurzen Zwischenräumen wiederholt, und die Zahl der umlaufenden Noten erreichte bald die Höhe von 45 Milliarden, eine Summe, deren Einlösung praktisch vollkommen unmöglich war. Als das Publikum diesen Scheinreich-

tum schließlich erkannt hatte, begann das Papiergeld im Werte zu sinken, und selbst die rigorosesten Maßnahmen der Regierung, wie Androhung der Todesstrafe bei Annahmeverweigerung zum vollen Wert, konnten an diesem Kurssturz nichts mehr ändern. Im Anfang des Jahres 1796 waren die Assignaten unter 1% ihres ursprünglichen Wertes gesunken, und noch im gleichen Jahre erfolgte eine (Auseinandersetzung) Außerkurssetzung, wobei ein Austausch zu $\frac{1}{30}$ ihres Nominalwertes gegen neue Zahlungsmittel, die sogenannten Mandate, vorgenommen wurde.

Die erste typische industrielle Abfallkrisis fiel unmittelbar in den Anfang des 19. Jahrhunderts, und zwar waren es die napoleonischen Kriege in Verbindung mit der wirtschaftlich so bedeutungsvollen Kontinental Sperre, die im Jahre 1815 eine schwere Stockung der Absatzmöglichkeiten für industrielle Produkte brachten. Da zu jener Zeit nur England eine bedeutendere selbständige Industrie besaß, blieb die Krisis vornehmlich auf die englische Wirtschaft beschränkt. Nach Friedensschluß und Aufhebung der Kontinental Sperre hatten die englischen Industriekreise nämlich gehofft, daß jetzt von seiten

der kontinentalen Mächte eine ungeheure Nachfrage nach englischen Erzeugnissen einsetzen würde. Die englischen Fabrikanten hatten diesen Erwartungen entsprechend ihre Produktionsziffer stark vergrößert. Die große Nachfrage blieb aber aus, da durch die Kriegswirren die Kaufkraft der in Frage kommenden Länder auf ein Mindestmaß gesunken war. Die englische Industrie sah sich daher genötigt, ihre Preise ständig herabzusetzen, so daß diese schließlich einen Stand erreichten, der nicht einmal den Herstellungskosten entsprach. Selbst unter diesen Preisnachlässen wurden die Absatzmöglichkeiten von Tag zu Tag erschwert, Fabriken stillgelegt und zahllose Arbeiter entlassen. In ähnlicher Weise wie die Krise von 1815 war auch die des Jahres 1825 eine reine Absatzkrise, die wiederum in England durch Überproduktion und massenhafte industrielle Gründungen ihren Hauptstoß hatte, in ihren Auswirkungen aber über die englischen Grenzen hinausging und besonders in Nordamerika schwere wirtschaftliche Stockungen hervorrief. Durch den Zusammenbruch zahlloser Neugründungen wurde insbesondere eine Reihe von Banken stark betroffen; so mußten innerhalb kurzer Zeit 70 englische Provinzbanken ihre Zahlungen einstellen, so daß der Kredit des Landes stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Günstige Ernten hatten zu Beginn der 1830er Jahre eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs zur Folge. Doch bereits im Jahre 1836 trat der Umschwung ein. Die gesteigerte Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die hierdurch ermöglichten höheren Preise hatten wiederum zu einer bedeutenden Überproduktion Veranlassung gegeben. Hinzu kam noch das Moment der Überspekulation, das am deutlichsten in der Gründung zahlloser Kreditinstitute in England und Nordamerika zutage trat. Das unbeschränkte Notenausgaberecht der englischen und amerikanischen Banken wurde in weit über das normale Maß hinausgehender Weise ausgenutzt, so daß eine Entwertung der Noten eintrat und als Folge hiervon Bankrotte und allgemeine Zahlungsstockungen unausbleiblich wurden. Die Zeiträume, in der die Krisen des vorigen Jahrhunderts sich in gewissen Abständen von 10 bis 12 Jahren zu wiederholen pflegten, ließ die nächste Krise im Jahre 1847 zum Ausbruch kommen. Der Grund war diesmal im Gegensatz zur vorhergegangenen Krise eine Reihe von Mißernten, welche die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung stark verringert hatten. Außerdem waren in den Jahren vor Ausbruch der Krise große Kapitalsummen in Eisenbahnpekulationen festgelegt worden, so daß ein allgemeiner Geldmangel eintrat. Auch diesmal nahm die Krise in England ihren Ausgangspunkt, um dann jedoch auch die anderen Staaten, vornehmlich Frankreich und Holland, daneben aber auch Deutschland und Nordamerika, in Mitleidenschaft zu ziehen.

Der Zeitraum von 1847 bis zum Jahre 1857, dem Zeitpunkt eines neuen Krisenausbruches, war eine Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs, der im wesentlichen durch die Dervollkommnung des Transport- und Verkehrswezens gekennzeichnet wurde. Die Entdeckung großer Goldlager in Kalifornien brachte eine wesentliche Erhöhung der in Umlauf befindlichen Zahlungsmittel aus Edelmetall. Alle diese günstigen Faktoren führten zu einer wirtschaftlichen Überpannung, so daß eine Spekulation großen Stils einsetzte. Besonders die Kurse der Bank- und Eisenbahnaktien zogen gewaltig an, ohne sich jedoch auf die Dauer halten zu können. Als dann schließlich ein gewaltiger Preissturz einsetzte, begannen die üblichen Erscheinungen einer Krise, wie Bankrotte, Arbeitslosigkeit usw., das Wirtschaftsleben zu beherrschen. Nach einer mehr lokal auf England beschränkten Krise im Jahre 1866, die als Kreditkrise durch den Zusammenbruch einer der bedeutendsten Londoner Citybanken, des Bankhauses Overend Gurney & Co., verursacht worden war, kam es im Jahre 1873 zu der schwersten und auch zeitlich längsten Krise des vorigen Jahrhunderts. Obgleich von der Wiener Börse ausgehend, war der Hauptnährboden dieser Krisis dennoch Deutschland. Der siegreich geführte Krieg gegen Frankreich, die mit Hilfe der französischen Kriegsschädigungen getilgten Staatsschulden und der sich hieraus ergebende Kapitalüberfluß hatte neben zahlreichen anderen Faktoren in Deutschland zu einer übertriebenen Unternehmungslust geführt, die nach verhältnismäßig kurzer Zeit in eine wahre Gründungsmanie ausartete. So waren von Mitte des Jahres 1870 bis Mitte 1873 nicht weniger als 958 Aktiengesellschaften ins Leben gerufen worden. Die täglich anschwellende Zahl der Industriepapiere bedeutete praktisch eine ungeheure Ausdehnung der Spekulation. Im Mai des Jahres 1873 brach dann an der Wiener Börse plötzlich eine allgemeine Panik aus, die von einem jähen Kurssturz begleitet war und sich sofort auf die Börsen der anderen Länder übertrug. In Deutschland betrug die Kursverluste mehr als eine halbe Milliarde Mark, und zwar wurden hiervon keineswegs nur

die Spekulation und die auf ungesunder Basis errichteten Neugründungen betroffen, sondern selbst einwandfreie Unternehmungen sahen sich gezwungen, ihre Betriebe einzustellen. Dieser Zustand der wirtschaftlichen Depression dauerte Jahre, immer weitere Industrien und Wirtschaftsgebiete wurden von der Krise ergriffen. So im Jahre 1875 die Eisenbahnen, und wenig später die Kohlen- und Eisenindustrie. Im Jahre 1878 trat eine schwere Baumwollkrise hinzu, an die sich eine Stockung im Eisenhüttengewerbe angeschlossen. Der ungewöhnlich langsame Verlauf der Krise ließ erst gegen Ende der 1870er Jahre einen Stillstand der Depression und dann einen allmählichen Aufschwung der einzelnen Wirtschaftszweige eintreten. Unter den Kulturstaaten des damaligen Europas blieb eigentlich nur Frankreich von der 1873er Krise verschont, dagegen wurde es schon im Jahre 1882, nachdem es sich kaum von den Folgen des deutsch-französischen Krieges erholt hatte, von einer Krise heimgesucht, die durch den „Crédit mobilier“ Union générale veranlaßt wurde, und die ihrem Kern nach als ein groß angelegter Gründungsschwindel zu bezeichnen war.

Unter den Krisen gegen Ende des 19. Jahrhunderts seien schließlich noch die amerikanische Krise von 1893 und die deutsche Krise von 1900/01 erwähnt. Erstere brachte besonders den amerikanischen Eisenbahngesellschaften große Verluste; nahezu ein Siebentel aller Eisenbahnen mußten ihre Zahlungen einstellen. Die deutsche Krise des Jahres 1900, die ihren Tiefstand im Jahre 1901 erlebte, war der Abschluß einer der glänzendsten Konjunkturen, die Deutschland überhaupt je gehabt hatte. Der im Jahre 1900 einsetzende Rückschlag begann mit starken Kursrückgängen, zunächst der Montanpapiere, später auch der Maschinenbau-, Elektrizitäts-, Reederei-, Hypothekenbank und Bauunternehmungen. Das folgende Jahr brachte dann eine Reihe von bemerkenswerten Konkursen, so den Zusammenbruch der Leipziger Bank und der Dresdner Kreditanstalt. Die Zahlungseinstellung der ersteren war eine Folge der Zusammenarbeit mit der schwindelhaft geleiteten Kasseler Trebertrocknung, während die Dresdner Kreditanstalt durch Beteiligung an der Elektrizitätsgesellschaft Kummer Kurkurs machen mußte. Die letzte, wohl gewaltigste aller Wirtschaftskrisen, war die Inflation, deren entsetzliche wirtschaftliche Zerstörungen noch in unser aller Gedächtnis sind.

A. H. Martell.

Lohn- und Tarifbewegung.

Schiedspruch für das deutsche Holzgewerbe im Bereiche des allgemeinen Mantelvertrages.

Nachdem arbeitgeberseits die Lohnabkommen zum 1. August gekündigt und die Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnabkommen mit den Arbeitgebern, die einen wesentlichen Lohnabbau beantragt hatten, gescheitert waren, auch über die Wahl eines Unparteiischen zum Vorsitzenden des Lohnamtes keine Einigung erzielt werden konnte, ist durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums das Lohnamt unter dem unparteiischen Vorsitz von Herrn Oberregierungsrat Friedländer-Stettin das Lohnamt am 21. und 22. August in Tätigkeit getreten. Die Verhandlungen endeten mit Schiedsprüchen für die einzelnen Tarifgebiete, nach welchen die bisherigen tariflichen Ecklöhne bestehen bleiben und zwar:

Bayern	116 Pfg.	Hessen	125 "
Bergisches Land	117 "	Kassel	115 "
Provinz Brandenburg	99 "	Köln	129 "
Bremen	116 "	Sippe	105 "
Breslau	109 "	Freistaat Sachsen	122 "
Düsseldorf	125 "	Schlesien	107 "
Halle an der Saale	114 "	Schleswig-Holstein	115 "
Freistaat Hamburg	129 "	Württemberg-Hohenzollern	119 "

Die Schiedsprüche haben einheitlich folgenden Wortlaut:

Lohnamt für das deutsche Holzgewerbe.

Unparteiischer Vorsitzender Herr Oberregierungsrat Friedländer.

Arbeitgeberbeisitzer:	Arbeitnehmerbeisitzer:
Knöllinger	Schleicher
von Zastrow	Gericke
Miljes	Willers
Dr. Eichengrün	Schick
Bischoff	Dolkmann

Schiedspruch.

1. Für beträgt der tarifliche Ecklohn RM
2. Die bestehenden Stundenlöhne und die auf Grund des § 35, Absatz 1 III. D. abgeschlossenen betrieblichen Akkordtarife, die am 1. August 1930 in Geltung waren, werden wieder in Kraft gesetzt.

Jedoch können Akkorde, bei denen der erzielte Verdienst bei durchschnittlicher Leistung und regelmäßiger Arbeitszeit den Prozentsatz des § 35, Abs. 1 M. D. um mehr als 10 Prozent übersteigt, von der Betriebsleitung in Gemeinschaft mit der Akkordkommission einer Revision unterzogen werden, auch ohne daß im Einzelfall die Voraussetzungen des § 36 M. D. vorliegen.

3. Dieses Lohnabkommen tritt am 1. September 1930 in Kraft und gilt bis zum 15. Februar 1931. Wird es nicht von einer der beiden Parteien sechs Wochen vorher, also erstmalig am 5. Januar 1931 bis abends 6 Uhr schriftlich gekündigt, so behält es jeweils 6 Wochen seine Gültigkeit.

Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis 5. September einschließlicg gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden — Stettin, Oberpräsidium, zu erklären.

Berlin, den 22. August 1930.

gez. Friedländer.

Die gleichen Schiedsprüche wurden auch gefällt für die Tarifgebiete Württemberg und Schlesien, wiewohl die Arbeitgebergruppen dieser Gebiete aus dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes ausgetreten waren und sich infolgedessen an den Lohnamtsverhandlungen nicht beteiligt haben. Das Lohnamt hat den Standpunkt eingenommen, daß auch die Arbeitgeber dieser Gebiete durch den Mantelvertrag noch gebunden seien und demzufolge die Ecklöhne nur zentral neu gebildet werden können.

Unser Verbandsvorstand wird nach Anhörung der Bezirksvertreter in den ersten Tagen zu diesen Schiedsprüchen Stellung nehmen und über Annahme oder Ablehnung beschließen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 35. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 24. bis 30. August 1930 fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und die Geschäftsbwicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Sterbetafel.

- Josef Thenne, Schreiner, 65 Jahre, Soest.
- Wilhelm Vollbracht, Tischler, 50 Jahre, Wiedenbrück.
- Heinrich Tusch, Holzarbeiter, 48 Jahre, Marsberg.
- Anton Greiß, Schreiner, 69 Jahre, Kempten.
- Johann Eislmann, Schreiner, 66 Jahre, Würzburg.
- Adam Limbeck, Holzarbeiter, 25 Jahre, Mannheim.
- Franz Frenberger, Schreiner, 73 Jahre, Frankfurt a. M.
- Theodor Braun, Schreiner, 61 Jahre, Schramberg.
- Franz Hajner, Tapezierer, 24 Jahre, München.

Ruhet in Frieden!

Die deutsche Sozialversicherung im I. Vierteljahr 1930.

Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich, nach Angabe der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, im ersten Vierteljahr 1930 zwar erheblich vermindert, sie war jedoch nach den Feststellungen der Krankenkassen etwas größer als in der entsprechenden Zeit

des Vorjahres. Die Beitragseinnahmen der Versicherungsträger übertrafen gleichfalls (mit Ausnahme der knappschäftlichen Pensionsversicherung, in der 1929 die Beitragsätze bedeutend herabgesetzt wurden) trotz des Rückganges gegenüber dem vierten Viertel-

Einnahmen und Ausgaben der deutschen Sozialversicherung im 1. Vierteljahr (Millionen Reichsmark)

Versicherungszweig	1929		1930						
	1. Vierteljahr	4. Vierteljahr	Januar	Februar	März	1. Vierteljahr			
						insgesamt	1. Viertelj. 1929 = 100	4. Viertelj. 1929 = 100	
Krankenversicherung¹⁾ (je Mitglied in RM.)									
Gesamteinnahmen	26,67	29,79	8,70	8,39	9,11	26,20	98,2	87,9	
darunter Beiträge	24,39	28,12	7,88	7,97	8,75	24,60	100,9	87,5	
Gesamtausgaben	27,40	28,15				24,94	91,0	88,6	
darunter Krankengeld	13,05	9,01	3,13	2,91	2,95	8,99	68,9	99,8	
Unfallversicherung									
Auszahlungen der Post für Unfallrenten . .	63,9	71,1	21,7	22,7	22,8	67,2	105,2	94,5	
Invalideversicherung									
Beitragseinnahme	243,6	284,4	88,7	77,7	81,6	248,0	101,8	87,2	
Rentenleistungen	265,8	301,1	96,7	101,7	102,6	301,0	113,2	100,0	
Angestelltenversicherung									
Beitragseinnahmen	91,4	97,6	33,4	30,6	33,4	97,4	106,6	99,8	
Rentenzahlungen	29,4	39,2	12,9	13,2	12,9	39,0	132,7	99,5	
Knappschäftliche Pensionsversicherung									
Beitragseinnahmen	55,6	43,8	14,6	13,1	13,4	41,1	73,9	93,8	
Leistungsaufwand	54,5	55,3	18,2	18,6	18,6	55,4	101,7	100,2	
Arbeitslosenversicherung									
Gesamteinnahmen	205,2	231,9	78,2	71,8	80,1	230,1	112,1	99,2	
darunter Beiträge	202,8	231,7	78,0	71,0	79,5	228,5	112,7	98,6	
Gesamtausgaben	459,5	297,8	176,3	177,1	185,9	539,3	117,4	181,1	
darunter Aufwand für die Arbeitslosenversicherung	426,1	259,0	163,5	163,9	172,5	499,9	117,3	193,0	
davon für berufsbübliche Arbeitslosigkeit . .	23,6	0,01	71,0	72,4	67,6	211,0	894,1		
Krisenunterstützung	36,4	42,4	18,6	18,9	21,4	58,9	161,8	138,9	
Berufsbübliche Sonderfürsorge (Reichsanteil) .	94,2	0,04	0,006	0,003	0,001	0,010	—	—	

¹⁾ Nach Angaben von Rassen mit etwa 9 Mill. Mitgliedern.

jahr 1929 das vorjährige Ergebnis. Die Ausgaben waren bei der Krankenversicherung niedriger, bei den übrigen Versicherungen dagegen erheblich höher als im ersten Vierteljahr 1929.

Die Krankenziffer (Zahl der arbeitsunfähigen Kranken und Wächnerinnen in Prozent der Versicherten) betrug nach den Zusammenstellungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen und Erbschaftskassen zusammen:

	1930		1929			
	männl.	weibl.	auf.	männl.	weibl.	auf.
Anfang Januar	4,1	3,8	4,0	4,7	4,4	4,6
Ende Januar	3,9	4,3	4,1	5,7	6,1	5,8
Ende Februar	3,8	4,3	4,0	6,6	6,9	6,7
Ende März	3,3	4,1	3,6	4,1	4,9	4,4

Während im ersten Vierteljahr 1929 die Krankenversicherung durch eine Grippeepidemie stark belastet wurde, war der Krankenstand in der Berichtszeit verhältnismäßig günstig. Die Gesamtausgaben blieben bei den berichtenden Kassen je Mitglied gerechnet um 9% hinter dem ersten Vierteljahr 1929 und um 11% hinter dem vierten Vierteljahr 1929 zurück.

In der Invalidenversicherung ist der Rentenbestand — und zwar in Auswirkung des Gesetzes vom 12. Juli 1929 besonders die Zahl der Witwenrenten — weiter gestiegen. Wenn trotz der weiteren Zunahme der Zahl der laufenden Renten die nachgewiesenen Aufwendungen der Invalidenversicherung etwas geringer als im vierten Vierteljahr 1929 waren, so dürfte dies lediglich auf die Art der Abrechnung mit der Reichspost zurückzuführen sein, durch die die Januarausgaben zu niedrig erscheinen. Auch in der Angestelltenversicherung erreichten die nachgewiesenen Rentenzahlungen nicht ganz die Höhe des vorhergegangenen Vierteljahres.

Die Arbeitslosenversicherung verzeichnete (ohne Hauptunterstützungsempfänger) im Berichtsvierteljahr etwa 14,7 Millionen Versicherte gegen 16,1 Millionen im Durchschnitt des vierten Vierteljahres und 14,8 Millionen Versicherte im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 1929. Da jedoch die Beitragsätze mit dem 1. Januar 1930 von 3% auf 3,5% des Arbeitsentgelts erhöht wurden, waren die Beitragseinnahmen nur wenig niedriger als im vorhergegangenen Vierteljahr und nicht unerheblich höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs. Die durchschnittliche Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stellte sich im ersten Vierteljahr 1930 auf 2,19 Millionen oder 13,0% aller Versicherten gegen 1,10 Millionen oder 6,4% im vierten Vierteljahr und 2,20 Millionen oder 12,9% im ersten Vierteljahr 1929. Die Gesamtausgaben der Reichsanstalt übertrafen mit 539,3 Millionen RM die beiden Vergleichsvierteljahre um 81% bzw. 17%. Von den Ausgaben entfielen 211,0 Millionen RM auf die Kosten der Unterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit, die seit dem 1. Oktober 1929 ganz zu Lasten der Reichsanstalt gehen, während bis dahin das Reich vier Fünftel dieser Aufwendungen zu tragen hatte. Die Einnahmen blieben in der Berichtszeit um rund 309 Millionen RM hinter den Ausgaben zurück; im entsprechenden Vierteljahr 1929 war ein Fehlbetrag von rund 254 Millionen RM, im letzten Vierteljahr ein solcher von rund 66 Millionen RM vorhanden.

In der Krisenunterstützung belief sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger auf durchschnittlich 260 000 gegen 181 000 im vorhergegangenen und 156 000 im ersten Vierteljahr 1929. Die Aufwendungen waren um 39 bzw. 62% höher als damals.

Mammutgebilde des Kapitals.

Nach amtlichen Angaben wurden im Jahre 1929 321 neue Aktiengesellschaften gegründet. Trotzdem war am Jahreschluß ein Rückgang der Gesellschaften festzustellen. Das ist auf eine starke Konzentration des Kapitals zurückzuführen. Am Jahreschluß war nach „Wirtschaft und Statistik“ die Gesamtzahl der deutschen Aktiengesellschaften um 346 auf 11 344 zurückgegangen, ihr Kapital aber um 845 Millionen Reichsmark auf 23 728 Millionen Reichsmark gestiegen. Das zeigt die weitere Konzentration im deutschen Wirtschaftsleben. Das Durchschnittskapital einer deutschen Aktiengesellschaft beträgt nunmehr 2 092 000 Reichsmark gegenüber 1 800 000 Reichsmark Ende 1927. Noch stärker tritt aber die Kapitalzusammenballung in Erscheinung, wenn man verfolgt, wie sehr immer mehr das kapitalmäßige Übergewicht sich zugunsten der mittleren, großen und ganz großen Gesellschaften verschoben hat. Die Hälfte des

Gesamtaktienkapitals von 23,7 Milliarden Reichsmark vereinigt sich in den 180 Gesellschaften, die über 20 Millionen Reichsmark verfügen. Allein die ganz großen Gesellschaften mit über 50 Millionen Reichsmark Kapital (es sind 66 Gesellschaften) haben ein Gesamtkapital von 8686 Millionen Reichsmark. Die folgende Aufstellung zeigt, daß diese Riesenunternehmen sich in allen Wirtschaftsgruppen befinden. Die Spitze hält die J. G. Farben, dann kommen die Vereinigten Stahlwerke. Erst an vierter Stelle kommt eine Großbank. Die wirkliche Macht der Großbanken kommt in dieser Aufstellung nicht zum Ausdruck, da es bei ihnen nicht auf das Aktienkapital, sondern auf die fremden Mittel ankommt, die allein bei der D. D.-Bank rund 5 Milliarden Reichsmark betragen.

Die größten Gesellschaften in Deutschland:

(Aktienkapital in Millionen Reichsmark)

J. G. Farben-Industrie	1100
Vereinigte Stahlwerke	800
Berliner Verkehrs-A.-G.	400
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft	285
Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.	263
Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb	205
Wintershall	200
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG.)	200
Mannesmannröhren-Werke	185
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk	181
Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-A.-G.	180
Norddeutscher Lloyd	165
Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-A.-G.	161
Fried. Krupp A.-G.	160
Vereinigte Industrie-Unternehmungen	160
Rheinische Stahlwerke	150
Preussische Bergwerks- und Hütten-A.-G.	140
Burbach-Kaliwerke	125
Siemens-Schuckert-Werke	120
Harpener Bergbau	110
Klöckner-Werke	110
Siemens & Halske	107
Hamburger Hochbahn	106
Deutsche Erdöl-A.-G.	100
Gesellschaft für elektr. Unternehmungen Ludw. Loewe & Co.	100
Sächsische Werke	100
Deutsche Gasgesellschaft	100
Dresdner Bank	100
Preussische Elektrizitäts-A.-G.	100
Elektrowerke	90
Hamburgische Elektrizitätswerke	89
Rhenania-Ossag Mineralölwerke	94
Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau	81
Kokswerke und Chemische Fabriken	80
Rütgerswerke	80
Gutehoffnungshütte Nürnberg	80
Rudolph Karstadt	80
Bergwerksgesellschaft Hibernia	80
Vereinigte Glanzstoff-Fabriken	77
Norddeutsche Wollkammerei	75
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft	75
Deutsche Solvay-Werke	75
Commerz- und Privat-Bank	75

Verhältnismäßig bedeutend ist der Anteil der staatskapitalistischen Gesellschaften, d. h. derjenigen Aktiengesellschaften, deren Aktien sich entweder ganz in der öffentlichen Hand befinden, oder die von der öffentlichen Hand beherrscht werden (gemischtwirtschaftliche Unternehmungen). Ihre Kapitalsumme beträgt zusammen 1750 Millionen Reichsmark.

Mehr als die Hälfte aller deutschen Aktiengesellschaften sind Unternehmungen der verarbeitenden Industrie. An Kapital vereinigen sie jedoch nur 8,7 Milliarden Reichsmark. Am kapitalkräftigsten ist die Gruppe der Industrie der Grundstoffe. Die hier erfassten Betriebe der Schwerindustrie haben allein 2,74 Milliarden Reichsmark Kapital.

Aus dieser Kapitalkonzentration müssen die Arbeitnehmer manche Schlußfolgerungen ziehen. Dieser starken Kapitalmacht gegenüber ist der einzelne Arbeitnehmer macht- und einflusslos. Deshalb brauchen wir zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen starke, finanzkräftige Gewerkschaften. Nur mit starken Gewerkschaften vermögen wir der Kapitalmacht eine organisatorische Macht entgegenzusetzen, die schon bisher segensreich gewirkt hat.

Rundschau.

Ihre Not. Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos. Tausende Familienväter stehen täglich vor der Frage, wie sie ihren Kindern Brot schaffen können und trotzdem gibt es noch viele, die von dieser Tatsache innerlich überhaupt noch nicht berührt worden sind, deren Verhalten ein Hohn auf die mit der Not ringenden Menschen bedeutet. Dies beweist eine Notiz in der Nr. 154 des Berliner Tageblatts folgenden Inhalts:

Demonstration in Baabe. Selbst die große Hitze und die Kühle der Ostsee bieten keine Gewähr dafür, daß keine Demonstrationen stattfinden und ist der Ort auch noch so klein, ein Grund ist schon zu finden. So fand auch in dem Badeort Baabe auf Rügen eine Protestkundgebung der Fremden gegen die Kurdirektion statt. Mit Trompetengeschmetter ging man zur Direktion, um die versprochenen Unterhaltungsveranstaltungen zu fordern. Man hatte, als Seltenheit muß es betont werden, Erfolg. Am nächsten Tag stieg schon ein Sandburgwettbewerb.

Ob unter den Demonstranten nicht viele waren, die sich in den letzten Wochen mit großer Entrüstung gegen das Notopfer wandten, weil sie angeblich selbst von der Not schwer betroffen würden? Jedenfalls haben diese Menschen die Not und das Elend der Arbeiterschaft noch nicht verspürt, sonst wären sie zufrieden, ihre Freizeit überhaupt im Bad verbringen zu können. Wir gönnen allen Menschen Ausspannung und Erholung. Wir freuen uns, wenn es noch Menschen besser geht wie uns. Wir sind auch nicht der Auffassung, daß ob der herrschenden Not Volkstrauer stattzufinden habe und die Freude verbannt werden müsse, haben aber kein Verständnis dafür, wenn Protestkundgebungen deshalb veranstaltet werden, weil im Bad zu wenig Unterhaltung geboten wird. G.

Die Verantwortung des Volkes. Für Halbheiten ist heute die allerbeste Konjunktur. Politische Schwächer überrennen jede vernünftige Überlegung. Sie können das, weil das Volk weitgehend zermürbt ist durch Arbeitslosigkeit, Unsicherheit der Existenz und steuerliche Überlastung. Das sind Dinge, die von heute auf morgen nicht zu ändern sind, und die keine Partei, mag sie aussehen wie sie will, auch keine Diktatur, zu beseitigen vermag. Aber der Staatsbürger, dem die Not über den Kopf wächst, der monatelang untätig sein mußte und seine Familie darben sieht, ist leicht empfänglich für alles, was nur einen Schimmer von Hoffnung in ihm anklingen läßt. Und so einer daherkommt und den Mund voll nimmt von dem, was er sofort ändern und schaffen will, dann ist der nicht mehr aus noch ein wissende Staatsbürger leicht geneigt, für bare Münze zu nehmen, was jener in seiner skrupellosen Verantwortungslosigkeit erzählt.

Hütet euch vor diesen politischen Geschäftemachern. Not überwindet man weder durch unfruchtbaren Radikalismus, noch durch billige Versprechungen. Die das in der jetzigen Zeit tun, sind von vornherein verdächtig, die Not zu mißbrauchen, damit sie selber zum Zuge kommen, um ihre niederreißenden Sonderinteressen, von denen sie wohlweislich nicht reden, der Verwirklichung näher zu bringen. Darum hört nicht auf das, was sie sagen, vielmehr auf das, was sie nicht sagen.

Der Radikalismus ist Trumpf, aber er ist unfähig zum Regieren. Wir können keine Experimente mehr ertragen. Dann sind wir vollends erledigt. Vom Niedergang profitieren nur einige wenige gerissene Spekulanten. Für das Volk bleiben der Hunger und die Not.

Werden die Finanzen des Reiches nicht umgehend saniert, ist in einigen Monaten nichts mehr da zur Auszahlung von Unterstützungen. Die Parteien, die dem Reiche in der höchsten Not die notwendigen Mittel verweigerten, müssen zurückgedrängt werden, damit der Wiederaufbau überhaupt ernstlich angepackt werden kann.

Das Volk hat die Würfel in der Hand. Seine Verantwortung ist ungeheuer groß. Es würfelt um sein eigenes Geschick. Laßt nicht Schlagworte eure Entscheidung beeinflussen, sondern nur die vernünftige Überlegung, die den Ernst der Stunde begriffen hat. Wählt nur die Männer und Frauen, die im letzten Reichstag bewiesen haben, daß sie keine sture Opposition machen, sondern positiv mitarbeiten.

Steuerhinterziehungen. Gerade in der jetzigen Zeit der nicht ins Gleichgewicht zu bringenden Haushalte des Reiches, der Länder und Kommunen wirkt jede Steuerhinterziehung doppelt verwerflich, da sie zu einer neuen Belastung des loyal seine Steuern entrichtenden Staatsbürgers führt. Die einzigen, bei denen eine einwandfreie Steuerabgabe leicht festzustellen ist, sind die Lohnsteuerpflichtigen.

Bei den übrigen Steuerzahlenden und Steuerarten sind so viele Maschen, daß nur die moralisch Anständigen ihre volle Steuer entrichten. Leider vermag man von den vielen Steuerhinterziehungen nur verhältnismäßig wenige aufzudecken, aber schon diese wenigen ergeben eine Zahl, die einen erschreckenden Zustand von der Steuermoral in Deutschland erkennen läßt. Im Jahre 1929 wurden bei allen Reichsteuern in rund 27 000 Fällen Strafen wegen Steuerhinterziehung festgesetzt in einer Gesamthöhe von 11 ½ Millionen Reichsmark, und zwar bei der Lohnsteuer (vom Arbeitgeber nicht abgeführte Lohnsteuer) 3000 Strafen mit rund ½ Million Reichsmark, bei der Einkommensteuer 7000 Strafen mit über 7 Millionen Reichsmark, bei der Einkommensteuer 37 Strafen mit 55 000 RM, bei der Umsatzsteuer 12 000 Strafen mit 3,4 Millionen Reichsmark, bei der Vermögenssteuer 721 Strafen mit ¼ Million Reichsmark, bei der Erbschaftsteuer 47 Fälle mit 24 000 RM.

Unter den Städten steht in bezug auf Steuerstrafen an erster Stelle Berlin mit 2700 Strafen, ihm folgen Münster mit 2200, Dresden und Stuttgart mit je 1800 Strafen. Am günstigsten steht Oldenburg mit 117 Strafen.

Bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben wurden 1929 in etwa 13 000 Fällen rund 90 Millionen Reichsmark Geldstrafen verhängt, davon 16 Millionen Reichsmark auf Zollvergehen, 66,25 Millionen Reichsmark auf Vergehen gegen das Branntweinmonopol, 5,8 Millionen Reichsmark bei der Tabaksteuer und 800 000 Reichsmark bei der Biersteuer.

Den „Unverantwortlichen“ in's Stammbuch. In seiner Rede vor dem Reichsparteivorstand der Zentrumsparterie sagte der Reichskanzler Dr. Brüning:

„Ich muß mit einem Wort auf den Ausruf der Sozialdemokratischen Partei zurückkommen. Es heißt darin, diese Regierung sei eine Regierung der „Satten“.

Ich weiß nicht, ob es „satt“ ist, wenn man dafür sorgt, die notwendigen Mittel herbeizuschaffen, damit die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für die Ärmsten der Armen im Laufe dieses Jahres sichergestellt werden. Aber der größte Grad der Sattigkeit liegt wohl darin, wenn politische Parteien sehen, daß eine schwierige wirtschaftliche und soziale Entwicklung kommt, und sich dann unter irgendeinem Vorwand aus der Verantwortung drücken.“

Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure in Wien. Der Verein Deutscher Ingenieure wird seine diesjährige Hauptversammlung in Wien, die am 14. September stattfinden sollte, in Anbetracht der Auslösung des Deutschen Reichsrieges und der für diesen Tag anberaumten Neuwahlen erst am 21. September abhalten. Der Österreichische Verein Deutscher Ingenieure trifft bereits eifrige Vorbereitungen zum Empfang der reichsdeutschen Fachgenossen.

Wie stets bei dieser bedeutsamen Jahrestagung des größten Ingenieur-Vereins werden auch diesmal wissenschaftliche Beratungen der Hauptversammlung vorangehen. Sie beginnen bereits am 19. September mit einer Fachsitzung „Verbrennungsmotoren“, der sich am gleichen und am folgenden Tage Sitzungen auf den Gebieten „Holztechnik“, „Schweißtechnik“ und „Betriebstechnik“ anschließen. Den Gebieten „Ausbildungswesen“ und „Geschichte der Technik“ werden besondere Fachveranstaltungen gewidmet sein. In Verbindung mit der letzteren wird in der Albertina eine vom Österreichischen Verein Deutscher Ingenieure geschaffene Ausstellung „Österreichische Technik in Dokumenten der Zeit“ durch Herrn Hofrat Ing. E. Erhard eröffnet.

Dem Empfang des Vorstandes auf der Deutschen Gesandtschaft am 19. September folgt am Abend des nächsten Tages die Begrüßung der Teilnehmer durch den Bürgermeister der Stadt Wien, Herrn Karl Seiß, und den Vorsitzenden des Österreichischen Vereins Deutscher Ingenieure, Herrn Hofrat Ing. E. Erhard, im Rathaus.

Die eigentliche Hauptversammlung wird am Sonntag um 10 Uhr im Musikvereins-Gebäude durch die Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Vereines Deutscher Ingenieure, Generaldirektor Dr.-Ing. E. h. C. Kötting, Berlin, eingeleitet werden. Den Hauptvortrag hält der Staatssekretär a. D. Sektions-Chef Ing. Dr. Enderes, Wien, über das Thema „Die Straße“. Für den Nachmittag ist ein Empfang aller Teilnehmer durch den Herrn Bundesminister für Handel und Verkehr in der neuen Hofburg und am Abend ein gemeinsamer Besuch der Staatsoper vorgesehen.

Der letzte Versammlungstag wird Besichtigungen des Technischen Museums, von Lehrwerkstätten und Versuchsanstalten, von Stahlwerken und Maschinenfabriken, Gas- und Elektrizitätswerken,

von Betrieben der Lebensmittelindustrie und verschiedenen anderen technisch interessanten Anlagen vorbehalten bleiben. Am Montagabend wird der Österreichische Verein Deutscher Ingenieure seinen deutschen Gästen auf dem Kobenzl einen Abtritt reichen, und am Dienstag werden die deutschen Ingenieure einer Einladung des Ungarländischen Verbandes und der Königl. Technischen Hochschule nach Budapest Folge leisten. Außerdem findet eine Besichtigungsreise nach Kapfenberg, Donawitz und Graz statt.

Literarisches.

Bautischlerlehrgang (1. Teil). Im Anschluß an die bisher herausgegebenen Baulehrgänge des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen erschien jetzt der 1. Teil des Bautischlerlehrganges. Auf 54 normgemäßen Werkstattzeichnungen im Format A5 bringt dieser 1. Teil in gedrängter und trotzdem übersichtlicher Weise die Anfangsgründe der Bautischlerei. Unter Mitarbeit zahlreicher tüchtiger Fachleute aus der Praxis und der Schule ist hier wiederum ein Werk geschaffen, welches in allen interessierten Kreisen größte Beachtung und weitgehendste Verbreitung verdient. Der 1. Abschnitt des Lehrganges behandelt die Gewinnung und die Pflege des Werkstoffes: Das Abschätzen einer Baumhöhe im Walde, das Fällen eines Baumes, Einschnitt und Stapeln des Holzes. Ein weiterer Abschnitt ist den Werkzeugen und ihrer Behandlung gewidmet. Er erläutert instruktiv das Schärfen der Hobelisen und Stecheisen, das Feilen der Spannsäge und der Stichsäge, sowie den Gebrauch des Streichmaßes. Hieran schließt sich ein weiterer Abschnitt, der den Lernenden mit dem Gebrauch der Werkzeuge und Werkstoffe vertraut macht. Angefangen mit der einfachsten Tätigkeit des Bautischlers, das Schneiden mit der Querterlsäge, dann folgt das Abrichten des Holzes, das Fügen von Langholz, Holzverbreiterung, aufgedübelt Hirnleisten, Gratnute und Gratleiste. Ein weiterer Abschnitt erklärt die wichtigsten Holzverbindungen, Längs-, Bogen- und Eckverbindungen. Ganz besonders instruktiv ist das Zinken hervorgehoben.

Der letzte Abschnitt geht schon zu schwierigeren Arbeiten über: hier lernt der Lehrling die Herstellung eines Bockes, einer Querter- und Einseherbank, einer Keillade, einer Stufen- und Trittleiter, Sprossenkreuzungen, einfache Fensterflügel, Klappladen, einfache Stuben- und Balkontüren, einen Kasten zinken, verleimen und in rechten Winkel stellen.

Klar und sachlich wird von der einfachsten bis zur schwierigsten Konstruktion jeder Handgriff, jeder Fertigkeitsvorgang durch Arbeitsgänge leicht verständlich erläutert. Das Werk wird jedem Baufachmann wertvolle Fingerzeige geben, nicht unerwähnt sei, daß es auch bei Gejellenprüfungen sehr gute Dienste leisten kann. Der Preis dieses Werkes beträgt RM. 2.70.

Weltgeschichte. Endlich eine Weltgeschichte, die nicht nur eine Zierde des Bücherchranks darstellt, sondern auch mit anhaltendem und steigendem Interesse gelesen werden kann und dennoch ein solides Wissen vermittelt. Diese Weltgeschichte erscheint demnächst in unserem Verlag. Der Preis wird, wie bei allen unsern Verlagserscheinungen, vorbildlich niedrig sein. Beachtet, bitte, unsere weiteren Ankündigungen.

Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf.

Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1930. Bericht über 1929. Der Umfang — 384 Seiten — ist stärker als im vergangenen Jahre. Preis für Mitglieder 6.— RM., für Nichtmitglieder 8.— RM.

Inhaltsangabe: Die deutsche Wirtschaft im Jahre 1929. Arbeitsmarktlage: Bessere Verteilung der Arbeitsaufträge. — Gewerbliche Produktion: Indeziffern der Produktion; Die Lage in den einzelnen Industrien; Konkurse; Umsätze der Konsumvereine. — Verkehr. —

Sandwirtschaft. — Außenhandel. — Abschlüsse der Aktiengesellschaften. — Wirtschaftliche Konzentrationsbestrebungen. — Landwirtschaft: Volkseinkommen. — Wirtschaftspolitik: Die deutsche Handelspolitik; Internationale Zollkonferenz. — Landwirtschaftspolitik: Gesetzgebung zu den monopolistischen Unternehmungsformen. — Preise und Arbeitereinkommen. — Regelung der Behördenaufträge. — Reichswirtschaftsrat und Enqueteauschuß: Reichswirtschaftsrat; Enqueteauschuß. — Gewerkschaftseingaben zur Wirtschaftspolitik. — Wirtschaftliche Unternehmungen der christlichen Arbeiterchaft: Konsumgenossenschaften; Deutscher Versicherungskonzern; Banken; Bau- und Wohnungswirtschaft. — Wohnungs- und Siedlungswesen: Die Finanzierung des Wohnungsbaues; Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues; Bedeutung der Bauparabewegung; Lockerung der Zwangswirtschaft; Wohnheimstättengesetz und preußisches Städtebaugesetz; Wohnungsfragen und Gewerkschaften. Sozialpolitik: Gesetzliche Fortschritte; Änderung des Systems. — Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge: Entwicklung des Arbeitsmarktes; Die Arbeitslosenversicherung; Die Leistungen der Versicherung; Kurzarbeiterunterstützung; Die Krisenunterstützung; Die Krankenversicherung der Arbeitslosen; Werteschaffende Arbeitslosenfürsorge; Die Beziehungen zur Wohlfahrtspflege; Die Organisation der Reichsanstalt; Die Finanzen der Reichsanstalt; Die Rechtsprechung des Spruchsenats. — Sozialversicherung. — Arbeitsrecht und Arbeitsschutz. — Schlichtungswesen; Betriebsrätewesen. Die Organisation der christlichen Gewerkschaften. Mitgliederbewegung und Kassenverhältnisse. — Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen: Arbeitskämpfe; Tariflöhne im Jahre 1929; Amtliche Lohnerhebungen; Tarifvertragsabschlüsse der christlichen Gewerkschaften; Arbeitskämpfe, an denen die christlichen Gewerkschaften beteiligt waren. — Rechtsschugerteilung. — Bildungswesen: Sinn, Umfang und Kritik des gewerkschaftlichen Bildungswesens; Kursus- und Vortragswesen; Literatur und Presse; Filme; Bildungseinrichtungen anderer Organisationen. — Gewerkschaftskarteile. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung. — Gewerkschaftliche Jugendbewegung. — Zentralwohlfahrtsauschuß der christlichen Arbeiterchaft. — Internationaler Bund der christlichen Gewerkschaften. — Verschiedenes. — Bericht der Gesamtverbandskasse 1929. — Aus den Berichten der Verbände: Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands; Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes; Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands; Gutenbergbund; Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter; Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten u.-G.; Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen; Graphischer Zentralverband; Reichsverband weiblicher Hausangestellter; Gewerkverein der Heimarbeiterinnen; Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands; Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer; Zentralverband christlicher Lederarbeiter; Zentralverband christlicher Maler; Christlicher Metallarbeiterverband; Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustriearbeiter; Zentralverband christlicher Tabakarbeiter; Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands. Berichte der Landesgeschäftsstellen des Gesamtverbandes: Schlesien; Brandenburg-Grenzmark, Pommern, Mitteldeutschland; Nordmark; Westdeutschland, Saargebiet; Hessen; Freistaat Sachsen; Bayern; Südwestdeutschland, Württemberg, Hohenzollern, Baden, Rheinpfalz.

Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf.

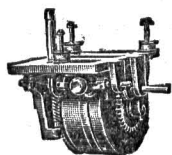
Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzelle 80 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Bahnhöfe sollen die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telephonnr West 5 15 48. — Redaktionschluss bis Samstag-Mittag. Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Gelbesungen nur: Postfachkonto 718 Köln.

Intarsien jeder Art

Katalog
gegen 0.50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke



z. Selbst-
einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummiteile,
lagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette,
25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklapp-
bügelarm, la. Aluminium Mark 26.
um-Schalldose nur
Versand p. Nachnahme, Tonführungen aus Holz
und Metall. Katalog gratis und franko vor

Robert Husberg - Neuenrade I.W. No. 9

Eine gute Idee

richtig verwertet, bringt Gewinn.

Winke und Anregung über Erfindungen und deren Verwertung gibt unsere Gratisbroschüre 22. Kostenlose Zusendung. Technische und jur. Beratung in allen Patentfragen.

BREVETA G. m. b. H.

(Allren. Patenttechnisches Institut)

Berlin-Charlottenburg 4